

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 16. März 2017

Vorsitz:	Marianne Tribaldos, Einwohnerratspräsidentin
Anwesende Mitglieder:	38 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftspersonen:	Keine
Protokollführung:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Entschuldigt:	Markus Thöny Remo Keller Stadtschreiber Christoph Hofstetter
Zeit:	19.30 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

Traktanden

- 1 Mitteilungen
- 2 Inpflichtnahmen von Alexandre Mai anstelle von Sabine Sutter-Suter (CVP) und Urs Willener anstelle von Jürg Haller (FDP)
- 3 Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission anstelle der zurückgetretenen Sabine Sutter-Suter (CVP)
- 4 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
- 5 Genereller Entwässerungsplan 2. Generation; Verpflichtungskredit
- 6 Motion der SVP/BDP betreffend Änderung der Tarifstrukturen für die familienergänzende Kinderbetreuung; Antrag des Stadtrats betreffend Überweisung
- 7 Widmi; Erschliessung der Baufelder; Kanalisation und Sauberwasserleitung; Kreditabrechnung
- 8 Sanierung Bachstrasse, Abschnitt Süd (Aavorstadt bis Obere Mühle); Kreditabrechnung
- 9 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SVP/BDP "Projektierung Werkhof, Recyclingplatz" vom 22. November 2016
- 10 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der GLP-Fraktion betreffend "Fragen zu flankierenden Massnahmen Knoten Neuhof" vom 29. September 2016
- 11 Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüsse ich Sie herzlich zur 17. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Für einmal sind wir in der schönen, neuen Aula des Schulhauses Lenzhard - und wie ich gehört habe, auch noch das eine oder andere weitere Mal.

Der Frühling kommt mit Macht und Ostern steht vor der Tür. Das ist eigentlich etwas Schönes. Damit wir uns noch mehr daran erfreuen können, finden Sie auf Ihren Plätzen Grüsse aus der Gartenbauschule Niederlenz - die ja leider geschlossen wird -, dankenswerterweise von Brigitte Vogel geschenkt. Vielen Dank, liebe Brigitte. (Applaus)

Als ich mir wie immer die historischen Daten angesehen habe, habe ich leider kaum etwas Erfreuliches gefunden. Es gibt eine Fülle von Daten, die mit Kriegen zu tun haben und zwar aus allen Jahrhunderten. Das ist kein Wunder, denn dieser Monat ist nach dem Kriegsgott Mars benannt. In diesem Monat versammelten sich die waffenfähigen Bürger in Rom auf dem Marsfeld. Die Germanen taten das auch, wenn auch nicht auf dem Marsfeld. Dann stellte man fest, wie es mit der Truppenstärke bestellt war und überlegte, wen man angreifen konnte. Es ist verständlich, dass man Kriege lieber in der wärmeren Jahreszeit führte. Der März scheint überhaupt ein sehr unfriedlicher Monat zu sein. Ich erspare Ihnen die täglichen Einzelheiten aus der Gegenwart, weil Sie die aus den Medien selbst kennen. Ärger, wohin man blickt.

Zwar verstehe ich nicht, warum man sich im März unbedingt streiten muss, hoffe aber, dass wir hier das heute nicht tun. Und ehe Sie sich über mich wegen überflüssigem Geschwätz ärgern und deshalb mit mir Streit anfangen, beginne ich lieber mit der Sitzung.

Hiermit begrüsse ich Sie nochmals herzlich zur 17. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur. Ebenfalls einen herzlichen Gruss und Dank für die Arbeit an unser Ratsbüro. Einen besonderen Gruss und Dank an Stefan Wiedemeier, mit dem sich die Zusammenarbeit immer wieder sehr erfreulich gestaltet. Als Ratsweibel begrüsse ich heute Raphael Studer, der den wegen einer Operation am Fuss krankgeschriebenen Marcel Wattinger vertritt. Wir begrüssen Raphael Studer herzlich und danken ihm für die Arbeit. An Marcel Wattinger senden wir Grüsse und wünschen gute Besserung. Auch heisse ich die Damen und den Herrn von der Presse willkommen: Ruth Steiner und Janine Gloor von der Aargauer Zeitung, Alfred Gassmann vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger, sowie Wilma Hahn vom Radio SRF. Ein weiterer herzlicher Gruss geht an unsere Gäste auf der Tribüne.

Die Traktandenliste und die Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 29. September 2016 wurde Ihnen am 17. Februar 2017 zugestellt. Das Protokoll der Sitzung vom 1. Dezember 2016 wurde Ihnen heute verteilt oder Sie können es in Ihrer Mailbox finden.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 1. Dezember 2016 sind, soweit sie dem fakultativen Referendum unterlagen, am 9. Januar 2017 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Uns liegt eine Anfrage der SVP/BDP-Fraktion zum Thema Vision Wasser 2035 vor.

Text der Anfrage:

SVP/BDP Einwohnerratsfraktion Lenzburg



Anfrage Vision Wasser 2035

Sehr geehrter Herr Stadtammann
Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates

Anfrage

Vor geraumer Zeit wurde in der Presse (AZ) über die Vision Wasser 2035 berichtet. Dabei ist eine Wasserlieferung ins Bünz- und Reusstal vorgesehen. Gemäss diesen Berichten erfolgt diese Vision über die Stadt Lenzburg, beziehungsweise das Netz der SWL Wasser AG. Ausgehend von dieser Situation bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- **Hat diese Vision 2035 Einfluss auf die Wasserversorgung (SWL Wasser AG) der Stadt Lenzburg?**
- **Sind Ausbauten im Bereich der Kapazität und Wasserlieferungen vorgesehen?**
- **Mit welchen Kosten ist für die Stadt Lenzburg zu rechnen?**
- **In welchem Umfang findet eine Beteiligung der Partnergemeinden statt?**
- **Inwiefern hat es Auswirkungen auf das Projekt, dass Niederlenz (Standort Pumpwerk) sich an dieser Vision nicht beteiligt?**
- **Mit welchem Wasserpreis muss der Lenzburger Bürger zukünftig rechnen?**

Lenzburg, 16. März 2017

Brigitte Vogel und Mitunterzeichner

Mitunterzeichnende: Rudolf Baumann, Myrtha Dössegger-Graf, Michael Häusermann, Dennys Mayer, Simon Meyer, Adriano Picco, Erich Renfer, Daniel Zeller

Eine weitere Anfrage der FDP- und SVP-Fraktion zum Thema Sicherung und Weiterentwicklung des Berufsschulstandorts Lenzburg liegt heute Abend vor.

Text der Anfrage:



Lenzburg, 14. März 2017

Anfrage an den Stadtrat Lenzburg

Sicherung und Weiterentwicklung des Berufsschulstandorts Lenzburg

Einleitung:

Das Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) des Kantons Aargau wollte mit dem Projekt "Standort- und Raumkonzept Sekundarstufe II" (S+R) die Berufsfachschulen besser auslasten, was mit der Schaffung von wenigen Kompetenzzentren erfolgen sollte. In zwei der drei Varianten, welche im Rahmen des Konzeptes erarbeitet wurden, wäre das KV Lenzburg Reinach geschlossen worden. Wie wir heute wissen, erfuhr die Vorlage des Regierungsrates im letzten Jahr eine Abfuhr, weshalb man sich in der Folge beim KV Lenzburg in Champagner-Laune zeigte (vgl. AZ vom 29.04.2016).

Mittlerweile ist nahezu ein Jahr vergangen. Die Repräsentanten des KV Lenzburg hatten während dem Austausch mit den Exponenten FDP/SVP von organisatorischen Anpassungen, der Validierung von strategischen Optionen und dergleichen gesprochen. Dies mit dem Ziel einer nachhaltigen Sicherung des Standortes. Bisher ist aus unserer Sicht aber nichts in dieser Richtung erkennbar erfolgt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass einfach der «courant normal» Einzug gehalten hat. Es gibt ja noch genügend Zeit bis zur nächsten Vorlage des Kantons. Eine Situation, welche beide Parteien an diejenige im Jahr 2005 erinnert. Auch damals gelangte von Seiten der Bürgerlichen eine Anfrage an den Stadtrat, welche sich nach Massnahmen seitens des Stadtrates zur nachhaltigen Sicherung des KV Berufsschulstandorts Lenzburg erkundigte. Die Antworten seitens des Stadtrates waren vertröstend, unbestimmt und konkrete Massnahmen fehlten zur Gänze.

Der FDP wie auch der SVP liegt die Erhaltung der KV-Berufsschule in Lenzburg am Herzen. Damit wir uns in 10 Jahren nicht wieder nur mit Unterschriftensammlungen oder dergleichen behelfen können, sondern über einen starken und damit nicht zu hinterfragenden Berufsschulstandort verfügen, **ergeben sich für uns folgende Fragen:**

1. Ist der Stadtrat der Meinung, dass der KV-Berufsschulstandort Lenzburg ohne strategische Anpassungen (bspw. Umstrukturierungen/Partnerschaften, Spezialisierung etc. basierend auf weiträumigem Denken und unter Wahrung der Qualität) seitens des Stadtrates respektive Schulvorstandes langfristig gesichert ist?
2. Welche Strategie verfolgt der Stadtrat bei der Berufsbildung?

3. Ist die Strategie des Kaufmännischen Vereins Lenzburg-Reinach bekannt? Ist diese mit dem Stadtrat abgesprochen? Falls ja, konnten die Interessen der Stadt Lenzburg entsprechend gewahrt respektive eingebracht werden?
4. Der Bericht des BKS weist einige Handlungsfelder auf, welche der KV Schule bei entsprechendem Handeln zur nachhaltigen Sicherung am Standort verhelfen könnten. Welche konkreten Massnahmen gedenkt der Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Schulvorstand zur langfristigen Erhaltung des KV-Berufsschulstandortes Lenzburg zu ergreifen?
5. Es ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft eine Konzentration der Schulstandorte und damit die Bildung von Kompetenzzentren seitens des Kantons angestrebt werden wird. Das würde nicht zuletzt eine weitaus grössere Anzahl Schüler an den jeweiligen Zentren bedeuten. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die bestehenden Räumlichkeiten der KV Schule unter Wahrung des heutigen Bildungsangebots hierfür genügend Potentiale bieten (inkl. aller damit verbundenen Infrastrukturen wie Mensa etc.)?
6. Die Stadt Lenzburg verfügt mit der Berufsschule Lenzburg (BSL) über eine weitere ausgewiesene, in der Schullandschaft bestens verankerte und zudem auch in Bezug auf die Schülerzahl grosse Institution. Gespräche über mögliche Zusammenarbeitsformen wurden seitens des Stadtrates bereits 2005 in Aussicht gestellt, scheinen aber nicht gefruchtet zu haben. Hat der Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Schulvorstand eine erneute Überprüfung der Möglichkeiten geplant respektive bereits eingeleitet?

Adriano Beti, Einwohnerrat & Mitunterzeichnende

Mitunterzeichnende: Sven Ammann, Tobias Ammann, Rudolf Baumann, Heiner Cueni, Myrtha Dössegger-Graf, Michael Häusermann, François Kuhlen, Dennys Mayer, Simon Meyer, Adriano Picco, Erich Renfer, Andreas Schmid, Stephan Weber, Urs Willener, Daniel Zeller

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung haben sich aus beruflichen Gründen Markus Thöny sowie Remo Keller entschuldigt. Krankheitshalber fehlt Stadtschreiber Christoph Hofstetter. Wir wünschen gute Besserung.

5. Rücktritte

Mit Schreiben vom 2. Dezember 2016 hat **Jürg Haller** seinen Rücktritt per Ende 2016 mitgeteilt. Er gehörte dem Einwohnerrat seit dem 1. Januar 2004, also seit 13 Jahren, an. Er war drei Jahre Vizepräsident, sowie acht Jahre Präsident der freisinnigen Einwohnerratsfraktion. Bäckermeister Haller liess auch im Einwohnerrat die Brötchen nicht anbrennen und scheute sich nicht,

seine Meinung in kurzen und fulminanten Voten auszudrücken. Zudem gehörte er auch der Kommission für Altersfragen und der Jugendfestkommission an. Seit Oktober 2015 arbeitet er in der Stadtbildkommission mit. Als alteingesessener Lenzburger engagiert er sich auch mit viel Herzblut für die Ortsbürgergemeinde, wirkte er doch während über drei Jahrzehnten als Mitglied und auch als Präsident der Ortsbürgerkommission. Danke Jürg Haller für die lange und intensive Arbeit für unsere Stadt. (Applaus)

Mit E-Mail vom 9. März 2017 hat **Nora Schaub** ebenfalls ihre Demission als Einwohnerrätin mitgeteilt. Sie schaffte die Wahl im ersten Anlauf mit dem drittbesten Resultat der SP und gehört seit dem 1. Januar 2010 dem Einwohnerrat an. Auch präsierte sie die SP-Fraktion seit dem 1. Januar 2015 und gehörte drei Jahre der Einbürgerungskommission an. Wie sie mir mitgeteilt hat, hat sie nun ihr Studium beendet und beginnt im Spital Frutigen im Berner Oberland ihre erste Stelle. Weiter führt sie aus, dass ihr nun die Zeit für die Arbeit und das Vergnügen im Einwohnerrat fehlt. Es freut uns natürlich besonders, dass für sie die politische Arbeit auch Vergnügen war. In diesem Sinne hoffen wir, dass sie sich früher oder später wieder politisch engagieren wird und wünschen ihr einen guten Start in ihr verantwortungsvolles Berufsleben. (Applaus)

Ebenfalls verlässt uns leider **Simon Meyer**. Er gehörte dem Einwohnerrat und der SVP-Fraktion seit dem 1. Januar 2015 an. Per 30. April 2017 zieht Simon Meyer nach Schafisheim. Wir wünschen ihm und seiner Familie einen guten Start in der neuen Wohngemeinde und hoffen natürlich, dass er sich auch in Schafisheim in der Kommunalpolitik engagiert.

Die Nachfolger von Nora Schaub und Simon Meyer werden wir an unserer nächsten Sitzung in Pflicht nehmen.

Herzlichen Dank auch an Nora Schaub und Simon Meyer für die geleistete Arbeit im Dienste unserer Stadt.

2 Inpflichtnahmen von Alexandre Mai anstelle von Sabine Sutter-Suter (CVP) und Urs Willener anstelle von Jürg Haller (FDP)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Für die Inpflichtnahme bitte ich die neuen Mitglieder, Alexandre Mai und Urs Willener, vor den Rat zu treten. Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier wird die Eidesformel vorlesen. Den Rat bitte ich, sich für den Akt zu erheben.

Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier verliest hierauf die in § 3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln". Mit den Worten "Ich gelobe es" leisten hierauf Alexandre Mai und Urs Willener ihre Gelübde. (Applaus)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Herzlich willkommen im Einwohnerrat, Alexandre Mai und Urs Willener. Ich wünsche Ihnen viel Freude an der Arbeit und auch, dass Ihre Zeit im Rat zu einem Baustein werden möge, sowohl was Ihr eigenes Leben betrifft, als auch für die Geschichte des Rats.

3 Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission anstelle der zurückgetretenen Sabine Sutter-Suter (CVP)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir müssen ein neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission wählen. Der Wahlvorschlag der CVP liegt Ihnen vor. Bevor wir zur Abstimmung übergehen, frage ich Sie: Wünscht jemand das Wort in dieser Angelegenheit oder haben Sie weitere Vorschläge? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Die Stimmzähler werden nun die Stimmzettel einsammeln.

Abstimmung

Anstelle der auf den 31. Dezember 2016 zurückgetretenen Sabine Sutter-Suter (CVP) wird als Mitglied der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission des Einwohnerrats für den Rest der Amtsperiode 2014/17 bei 38 eingelegten und 38 gültigen Wahlzetteln sowie bei einem absoluten Mehr von 20 mit 38 Stimmen gewählt:

- Daniel Blaser, eidg. dipl. Bauprojekt- und Immobilienmanager (CVP)

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Herzlichen Glückwunsch, Daniel Blaser. (Applaus)

4 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Wir entscheiden heute über mehrere Einbürgerungsgesuche. Ich bitte die anwesenden Personen kurz aufzustehen, wenn ich ihre Namen aufrufe...

Sprecher der Einbürgerungskommission ist Marcel Spörri (EVP): Wer durch die Wände hinter mir blicken könnte, der würde hinter mir das neue Wahrzeichen von Lenzburg sehen, das Riesenrad. Alle wissen, das Riesenrad gehört zur neuen Ausstellung des Stapferhauses "Heimat. Eine Grenzerfahrung". Was Heimat für jeden einzelnen bedeutet, ist eine Frage, über die es sich sicherlich lohnt - alleine oder mit andern zusammen - nachzudenken. Als Einwohnerrat haben wir unsere alte Heimat verloren, die Aula in der Bezirksschule. Wir sind heute das erste Mal - vielleicht auch nur vorübergehend - in unserer neuen Heimat, der Schulanlage Lenzhard. Für uns ist dies noch nicht allzu tragisch; es gibt Menschen, die dieses Schicksal um einiges härter trifft. Bedeutet Heimat auch den entsprechenden Pass zu besitzen? Oder ist Heimat dort, wo man geboren wurde? Bedeutet irgendwo heimisch zu sein, dort integriert zu sein? Alles Fragen, denen man auch in der Ausstellung "Heimat. Eine Grenzerfahrung" nachgehen und später beim Bier auch diskutieren kann. Um den Schweizer Pass zu erhalten, ist Integration zwingend. Die Einbürgerungskommission hat die Aufgabe, genau diese Integration der Gesuchsteller zu prüfen. Dabei ist die Sprache zentral, aber auch die Kenntnisse über Lenzburg und Umgebung werden abgefragt. Selbstverständlich werden auch das unterschiedliche Bildungsniveau und die normale Nervosität bei einer solchen Befragung berücksichtigt. In der Aufregung kann es durchaus vorkommen, dass der Name des Aabachs vergessen geht, aber dass es ein Flüsschen hat, das durch Lenzburg fliesst, sollte man schon wissen - was nicht immer der Fall ist. Kennen Sie Sportarten, die es nur in der Schweiz gibt? Wie heissen unsere Nachbargemeinden und um was ging es bei der letzten Abstimmung? Welche Lohnabzüge gibt es und wie heisst die Notrufnummer der Polizei? Können all diese Fragen beantwortet werden, ist man integriert.

Diese und weitere Fragen werden den Gesuchstellern gestellt, und wir können dabei feststellen, ob diese sich auch entsprechend vorbereitet haben. Auch hier gilt, ohne Fleiss kein Preis. Heute haben wir acht Mitmenschen aus drei verschiedenen Herkunftsländern (Deutschland, Italien und Kosovo), die sich um die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts bemühen.

Die Einbürgerungskommission empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Gesuchstellern das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zuzusichern. Alle haben den gesetzlich vorgeschriebenen Weg zum Schweizerpass bisher erfolgreich gemeistert. An der letzten Sitzung der Einbürgerungskommission traf dies bei andern Kandidaten nicht zu. Aber alle hier Anwesenden können mit gutem Gewissen zur Einbürgerung empfohlen werden.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Marcel Spörri. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmungen

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Gemeinderats vom 17. Februar 2017 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Gesuchstellenden das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Der Einwohnerrat hat somit sämtliche Gesuche gutgeheissen. Ich gratuliere allen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg. Es freut mich, dass Sie den schwierigen Weg zur Einbürgerung bisher erfolgreich auf sich genommen haben. Die Einbürgerung ist ein sehr wichtiger Schritt auf dem Weg der Integration. Unsere direkte Demokratie bietet Ihnen die Möglichkeit, am politischen Leben unserer Stadt teilzunehmen, und ich hoffe, dass Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Herzlichen Glückwunsch. (Applaus)

5 Genereller Entwässerungsplan 2. Generation; Verpflichtungskredit

Sprecher der GPFK ist Beat Hiller (GLP): Die Stadt wächst und zusätzliche Menschen und Firmen ziehen nach Lenzburg. Diese generieren auch mehr Abwasser. Dies führt dazu, dass unser Abwassersystem erweitert und angepasst werden muss. Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) ist ein wichtigstes Planungsmittel. Die bereits erbrachten Aufwendungen für die Überarbeitung des Abwasserkatasters, die Zustandserhebung des Abwassernetzes und die Projektunterstützung in der Höhe von Fr. 184'000.–, die über die Erfolgs-

rechnung schon abgerechnet wurden, waren unabhängig vom GEP notwendig. Diese Aufwendungen wurden in den vorliegenden Kreditantrag integriert, weil diese Kosten subventionsberechtigt sind. Wir erhalten vom Kanton Fr. 70'000.– zurückvergütet. Nach Art. 18 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässern leistet der Kanton an die Kosten für die Erstellung und Überarbeitung des GEP einen Beitrag in der Höhe von 20 % der Planerstellungskosten. Diese umfassen nach Art. 32 Abs. 1 der Verordnung das Pflichtenheft, inkl. allfällige Bauherrenbegleitung (in unserem Fall Fr. 65'000.–), die Projektunterstützung sowie die Arbeiten nach Pflichtenheft, Zusatzbericht inkl. Kanalfernsehaufnahmen (Fr. 104'000.–), das Entwässerungskonzept sowie das Vorprojekt (Leistung des GEP-Ingenieurs in der Höhe von Fr. 180'000.–). Dies ergibt ca. Fr. 350'000.–, davon 20 %, gleich die Fr. 70'000.–, die der Kanton uns vergütet.

Die GPFK empfiehlt einstimmig - aufgrund der Notwendigkeit und gestützt auf den Leistungsbeschrieb, Vorlage Seite 3 -, für die Erarbeitung GEP, 2. Generation, zu Lasten der Investitionsrechnung Abwasserbeseitigung einen Verpflichtungskredit von brutto Fr. 496'000.–, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, zu bewilligen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Beat Hiller. Die Diskussion ist eröffnet. Da keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 25. Januar 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat bewilligt für die Erarbeitung des Generellen Entwässerungsplans (GEP), 2. Generation, zu Lasten der Investitionsrechnung Abwasserbeseitigung einen Verpflichtungskredit von brutto Fr. 496'000.– (Kostenstand 2015), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 24. April 2017 ab.

6 Motion der SVP/BDP betreffend Änderung der Tarifstrukturen für die familienergänzende Kinderbetreuung; Antrag des Stadtrats betreffend Überweisung

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich übergebe das Wort an die Vertreterin der Unterzeichnenden, Myrtha Dössegger.

Myrtha Dössegger (SVP): Zuallererst ein recht herzliches Dankeschön für den wunderschönen Blumenschmuck auf den Tischen. Dieser verschönert den schon sehr schönen Raum noch mehr.

Im Namen der SVP/BDP-Fraktion möchte ich mich zur Motion äussern. Einen ausführlichen Bericht konnte man letzten Freitag in der AZ lesen und die Antwort des Stadtrats liegt Ihnen auch vor.

Lassen Sie mich noch einiges ergänzen. Für Beiträge an Krippenkosten (Konto 5450.3636.00) haben wir 2013 Fr. 186'000.– ausgegeben, 2014 Fr. 316'000.– und im Jahr 2015 Fr. 377'000.–. 2016 sind die Ausgaben auf Fr. 448'000.– angestiegen. Für das Budget 2016 haben wir dank eines Antrags der SP-Fraktion den Betrag von Fr. 300'000.– auf Fr. 400'000.– erhöht. Dies wäre nicht nötig gewesen, da der Stadtrat gewillt war, die Tarifstruktur anzupassen. Heute erhalten Eltern bis zu einem Einkommen von Fr. 135'000.– Gemeindebeiträge an die Betreuungskosten. Uns ist bewusst, dass Eltern mit höheren Einkommen nur geringe Beiträge erhalten, trotzdem sind wir mit dieser Obergrenze nicht einverstanden. Die Einkommensgrenze möchten wir um mindestens Fr. 35'000.– herabsetzen. Für die kleinen Einkommen möchten wir nach Möglichkeit keine Kürzung der Beiträge. Trotzdem sind wir der Meinung, dass eine Anhebung des Grundbeitrags unumgänglich ist oder wird. Was aber nicht sein kann, ist, dass die Betreuungskosten immer mehr auf den Staat verschoben werden. Addiert man zu den Krippenkosten auch noch die Beiträge an die Tagesstrukturen und die KEK dazu, haben wir 2016 beinahe Fr. 600'000.– für die familienergänzende Kinderbetreuung aufgewendet. Die steigende Einwohnerzahl ist für uns keine Begründung. Wir sind der Meinung, dass mit der wachsenden Bevölkerung nicht gleichzeitig auch die Ausgaben für die familienergänzende Kinderbetreuung steigen müssen.

Bis Ende 2016 sind die Kinderzahlen nicht sehr gestiegen; dies ändert sich nun. Mit dem Bezug der Wohnungen in der Widmi und im Lenz nehmen auch die Neuanmeldungen von Schulkindern zu. Dies erlebe ich tagtäglich in der Schulverwaltung. Andererseits sind dies Kinder, die mehrheitlich die Tagesstrukturen und nicht die Kinderkrippen nutzen werden.

Die Stadt ist aufgrund des neuen Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung angehalten, einiges zu beachten und genügend Betreuungsplätze sicherzustellen. Der Stadtrat hat diese Punkte in seiner Stellungnahme aufgelistet. Wir erachten es auch als richtig, wenn der Stadtrat die Reglemente von Suhr und Zofingen für die Erarbeitung der neuen Richtlinien miteinbezieht. Wehren werden wir uns gegen Luxuslösungen und Standards, die stetig zu höheren Kosten führen. Da sollten in Zukunft auch pragmatischere Lösungen Platz finden. Neben qualifizierten Fachpersonen sollten auch die Ressourcen von z.B. pensionierten Personen oder Familienfrauen und -männern abgeholt werden können. Frauen sollen ihren gelernten Beruf ausüben können, wenn sie

dies wollen. Die Eltern sollen selber entscheiden, welche Form sie für die Kinderbetreuung wählen. Es gibt jedoch auch Frauen und Männer, die nicht wählen können, da sie arbeiten müssen. Will man der Fernsehendung "Arena" vom letzten Freitag glauben, arbeiten Frauen mit Kinder zu 60 % Teilzeit, 10 % arbeiten Vollzeit und 30 % arbeiten zu Hause und sind für das Familienmanagement zuständig. Die eigene Kinderbetreuung erachte ich persönlich als sehr wertvoll. Diese wird bis heute zu wenig geschätzt. Noch immer werden diese 30 % der Frauen oder Männer eher belächelt, weil sie nicht einer ausserhäuslichen Arbeit nachgehen. Meistens sind es jedoch genau diese 30 % der Frauen oder Männer, die sich vermehrt für ehrenamtliche Arbeiten in der Stadt oder in den Vereinen einsetzen. Ich appelliere an die Familien, die ihre Kinder selber betreuen, sich auch als Tagesfamilien zu engagieren oder einen Mittagstisch anzubieten. Als vierfache Mutter und Pflegemutter weiss ich genau, wovon ich spreche. In der Familie liegen ganz viele Ressourcen brach, die wir uns in unserem wohlhabenden Land leisten können. Wir müssen wieder lernen, mehr Selbstverantwortung wahrzunehmen und dies unseren Kindern und Grosskindern auch vorleben. Miteinander sprechen und nicht nur nebeneinander her leben. Unsere Generation geht sehr verschwenderisch mit den Ressourcen um, die Generationen vor uns erschaffen haben. Wir hinterlassen Schuldenberge, an denen sich die Generationen nach uns die Zähne ausbeissen werden. Wenn ich an die Millionendefizite unseres Kantons denke, dann ist es bestimmt nicht übertrieben, dass auch hier noch Mehrkosten oder Ausgaben auf uns zukommen werden, die wir nicht beeinflussen können. Aus diesem Grund muss Mass gehalten werden mit den Finanzen, die wir beeinflussen können. Mit dem Bevölkerungswachstum werden weitere Ausgaben in vielen Bereichen auf uns zukommen. Die Schule lässt jetzt bereits wieder grüssen. Ich bin nicht der Meinung, dass die Sozialen Dienste, die bereits im Voraus auf die zusätzliche Arbeitsbelastung hinweisen und Stellenprozente einfordern, diese allenfalls mit der Umsetzung eines neuen Abrechnungssystems erhalten sollen. Die SVP/BDP-Fraktion weiss um die Wichtigkeit von familienergänzender Kinderbetreuung und ist nicht gegen eine Subventionierung von Krippenplätzen, aber dies unter einem tragbaren Kostendach für unsere Stadt. Gerne möchten wir die Meinung der anderen Fraktionen wissen, wie sie zur Motion und zum Kostendach unseres Schreibens stehen.

Stadträtin Dr. Heidi Berner: Vielen Dank, dass wir die Gelegenheit erhalten, uns zur Motion zu äussern. Die Vorlage des Stadtrats ist ja bereits sehr ausführlich, trotz allem möchte ich noch einiges ergänzen. Wir müssen das Thema angehen, weil letztes Jahr das Kinderbetreuungsgesetz in Kraft getreten ist. D.h., jede Gemeinde ist gefordert, ein Elternbeitragsreglement zu erstellen und ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung sicher zu stellen. Das Gesetz heisst ja "ergänzend", deshalb ist ganz klar, dass auch die familieninterne Kinderbetreuung anerkannt wird. Diese erachte ich persönlich auch als sehr wertvoll.

Die Motion fordert etwas, was so nicht umsetzbar ist. Eine Begrenzung auf Fr. 300'000.– ist nicht möglich, wenn die Beiträge an die Haushalte mit tiefem

Einkommen nicht gekürzt werden sollen, wie Myrtha Dössegger bereits erläutert hat. Eine Kürzung der Subventionen an die höheren Einkommen führt zu keiner markanten Kostensenkung.

Klar ist, wer Beiträge will, muss seine finanziellen Verhältnisse offenlegen. Wie genau dies aussehen soll, erarbeitet zurzeit eine stadtinterne Arbeitsgruppe. Egal, welche Eckwerte und Abstufungen im Reglement gemacht werden, genau budgetieren können wir die Beträge nie. Wir können höchstens im Nachhinein die Rahmenbedingungen anpassen. Allfällige Anpassungen werden sich jedoch erst im Folgejahr oder sogar noch später auswirken. Ein Faktor ist hier sicher auch die Entwicklung der Bevölkerung und die Zusammensetzung der Familien. Die Stadt wächst. Aufgrund der Zahlen der Einwohnerkontrolle zeichnet sich eine Zunahme von Kindern im Vorschulalter ab. Deshalb muss mit einem zusätzlichen Bedarf an Betreuungsplätzen - zuerst im Vorschul- und anschliessend im Schulbereich - gerechnet werden.

Wir dürfen nicht vergessen: Beiträge an die Kinderbetreuung sind Investitionen, die sich für die Stadt ausbezahlen, weil langfristig mehr Steuern anfallen, wenn beide Elternteile im Beruf "vorwärts" kommen können.

Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen und das Kinderbetreuungsreglement, welches voraussichtlich im Juni in den Einwohnerrat kommt, anzunehmen. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Heidi Berner. Da in der Einwohnerratsvorlage vom Stadtrat ausdrücklich die Diskussion gewünscht wird, eröffne ich sie hiermit. Wem darf ich das Wort erteilen?

Daniel Blaser (CVP): Bei diesem Traktandum geht es zuerst um die Frage, ob die Motion der SVP/BDP-Fraktion überwiesen werden soll oder nicht. Die Motion möchte Einsparungen von ca. Fr. 150'000.– an den Krippenbeiträgen vornehmen und zwar so, dass höhere Einkommen stärker belastet werden. Der maximale Beitrag soll auf Fr. 300'000.– begrenzt werden. Dagegen wäre im Prinzip nichts einzuwenden. Aber es müssten zuerst Abklärungen getroffen werden. Gibt es Zahlen, die belegen, dass sich mit dem vorgeschlagenen Vorgehen Fr. 150'000.– einsparen lassen? Vermutlich lassen zu wenige Familien im höheren Einkommenssegment ihre Kinder in Krippen betreuen. Müssten also auch für Familien mit tieferen Einkommen Beiträge gekürzt werden, weil nicht mehr genug Mittel für die Krippenkosten im Budget eingestellt wären? Da diese Punkte noch nicht geklärt sind, lehnt die CVP die Motion ab.

Der Stadtrat berät aktuell eine neue Regelung und möchte deshalb die Meinung des Einwohnerrats hören. Unsere Meinung ist wie folgt: Dass als neue Berechnungsgrundlage das steuerbare Einkommen und Vermögen beigezogen wird, erachte ich für eine gute Sache. Dass aber die Stadt die volle Kontrolle übernehmen möchte und dafür zusätzliche Stellenprozente benötigt, führt zu einer

Mehrspurigkeit. Involviert wären neu die Steuerbehörde, die Sozialen Dienste und gleichzeitig auch die Krippen. Hier fände eine Ausweitung der städtischen Bürokratie statt, was unsere Partei ablehnt. Dadurch wird für die Bevölkerung keine bessere Lebensqualität geschaffen. Stattdessen könnte die Stadt doch ein Tarifsysteem erarbeiten, das von den Krippen angewendet wird. Dadurch bleibt der bürokratische Aufwand gleich und für die Eltern hätte es grosse Vorteile. Im Einzelnen: Die Eltern müssten den Krippen gegenüber nicht mehr ihre Vermögensverhältnisse offenlegen, sie müssten keinen Vorschuss leisten, sondern zahlen nur die effektiven Beträge, wie bis anhin. Die Sozialen Dienste müssten nicht miteinbezogen werden, diese sind jetzt schon mehr als ausgelastet. Die Ansprechstellen sollten nicht bei den Sozialen Diensten untergebracht werden, weil dies die Hemmschwelle der betroffenen Eltern erhöht. Die Einsparung von Fr. 15'000.– für die Koordinationsstelle ergänzende Kinderbetreuung (KEK) wird meiner Meinung nach nicht stattfinden, weil deren Arbeit dann bei einer anderen Stelle mit zusätzlichen Stellenprozenten geleistet wird. Das Netzwerk ist bereits bei der KEK vorhanden, und da die Stelle bisher sehr gute Arbeit geleistet hat, sehe ich auch keinen Grund, für die Arbeiten jetzt eine neue staatliche Stelle einzurichten.

Heiner Cueni (FDP): Die FDP-Fraktion wird die Motion der SVP/BDP nicht unterstützen. Die Motion ist, wie in der stadträtlichen Vorlage dargestellt, mit dem Inkrafttreten des Kinderbetreuungsgesetzes weitgehend überholt. Auch erscheint es uns nicht sinnvoll, einen fixen Betrag im Budget einzusetzen. Eine solche Regelung dürfte in Zukunft den effektiven Bedürfnissen kaum gerecht werden. Die finanzpolitische Stossrichtung stösst jedoch auf Zustimmung, denn aufgrund der neusten Zahlen des Lenzburger Rechnungsabschlusses macht es durchaus Sinn, auch da die Ausgaben nicht ins Unermessliche steigen zu lassen. Beim vom Kanton geplanten oder geforderten Wachstum der Lenzburger Bevölkerung ist es wahrscheinlich, dass die Anzahl der betreuten Kinder zunehmen wird.

Wenn wir keine fixe Summe wollen, was wollen wir dann? Bevor ich dem Wunsch des Stadtrats entspreche und im Namen der Fraktion Vorschläge unterbreite, möchte ich Ihnen zu bedenken geben, dass wir ein weiteres Mal verantworten müssen, was wir beschlossen haben. Ich meine nicht wir persönlich, sondern die Politiker allgemein. Die hohe Politik beschliesst, welche Standards die Räumlichkeiten einer KiTa aufzuweisen haben, welche Ausbildung für das Betreuungspersonal verlangt wird und wieviel Betreuungspersonal in der KiTa arbeiten muss. Es wurde vorhin angesprochen, ob nicht Pensionierte eingesetzt werden könnten. Teilweise schon, aber dies geht vermutlich in bestimmten KiTa's nicht, weil die Voraussetzungen resp. Bestimmungen relativ streng sind.

Einige Worte zu den Vorschlägen unserer Fraktion: Anstelle eines festgesetzten Budgetpostens sollen die maximalen Ausgaben für die familienergänzende Kinderbetreuung in einer prozentualen Relation zu den Steuereinnahmen der natürlichen Personen stehen. Weitere Berechnungsfaktoren sind denkbar. Das

Maximum muss jedoch nicht um jeden Preis ausgeschöpft werden und trotz allem soll die Summe jährlich diskutierbar sein. Die Beitragssätze müssen jährlich der neuen Situation angepasst werden. Die Beiträge der Erziehungsberechtigten müssen im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berechnet werden. Die massgebenden Faktoren haben sich aus dem steuerbaren Einkommen, dem Vermögensverzehr und den freiwilligen Beiträgen an die 2. und 3. Säule zu richten. Für die Ermittlung der Höhe der Beiträge ist eine degressive Skala anzuwenden. D.h., je höher das Einkommen ist, umso tiefer fällt die Unterstützung der Stadt aus. Die Skala hat jedes Jahr dem zur Verfügung stehenden Budget für die familienergänzende Betreuung Rechnung zu tragen. Es gilt auch noch zu definieren, bis zu welchem Einkommen nur der Basisbetrag geschuldet ist (wie auch jetzt gehandhabt) und ab welchem massgebenden Einkommen keine Unterstützungsbeiträge gesprochen werden dürfen. Zudem ist der Basisbetrag zu definieren, ob dieser bei 20 % oder 25 % der effektiven Kosten liegen soll. Ist das massgebende Einkommen unter Fr. 30'000.–, haben die Erziehungsberechtigten Anspruch auf Vergütung der Kosten, die über dem Basisbeitrag liegen. Liegt das massgebende Einkommen über Fr. 80'000.– bis Fr. 100'000.–, so entfällt der Unterstützungsbeitrag der Stadt vollumfänglich. Neben den Beiträgen an die familienergänzende Kinderbetreuung müssen wir - wie auch schon erwähnt - die Ausgaben für die schulergänzende Tagesbetreuung im Auge behalten. Nebst all dem muss beachtet werden, welche zusätzlichen Stellenprozente auf uns zukommen werden. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, wenn die neue Regelung schon per 1. Januar 2018 und nicht erst auf den Beginn des Schuljahrs 2018/2019 (wie gesetzlich vorgeschrieben) in Kraft treten würde.

Beatrice Taubert (SP): Letzte Woche konnte man in der Zeitung lesen, dass eine Krippe geschlossen werden musste. Nicht weil die Nachfrage fehlte, nein, weil die Gemeinde weder die Eltern noch die Krippe unterstützt hat. Einige Familien konnten die Vollkosten nicht selber tragen. Lenzburg hat ein breites Angebot von verschiedenen Kinderbetreuungsmodellen aufgebaut. Wir haben Kinderkrippen, Tagesfamilien und Tagesstrukturen. Das gilt es mit fast allen Mitteln zu erhalten. Eine sichergestellte Kinderbetreuung und ein breites Angebot tragen wesentlich zum Standortvorteil einer Gemeinde bei. Alle Bevölkerungsschichten sollen familienergänzende Kinderbetreuung beanspruchen können, wenn es erwünscht oder notwendig ist. Frauen sollen auch die Möglichkeit haben, ihre guten Ausbildungen in der Wirtschaft einzusetzen. Dafür benötigen wir Krippen und Tagesstrukturen. Eigentlich sind wir uns alle einig: Die einkommensschwachen Familien müssen weiterhin im Rahmen des heutigen Ausmasses unterstützt werden. Dazu verhilft die neue Berechnung, wie sie vom Stadtrat angedacht ist. Dass das Abrechnungswesen über die Sozialen Dienste erfolgen soll, ist zu prüfen, da dadurch die Krippen entlastet werden können. Aber Achtung: Der Aufwand könnte erheblich sein. Dies muss im Auge behalten werden. Ein Abrechnungssystem muss gefunden werden, das ermöglicht, dass die einkommensschwachen die Vollkosten nicht vorauszahlen müssen, da dies unmöglich ist. Die Berechnungskurve - wie auch schon die Vorredner erwähnt haben - darf nicht linear, sondern sollte wirklich

degressiv sein. Wir von der SP erachten ein Kostendach im Moment als schwierig. Einige Faktoren, die uns der Kanton auferlegt, wie z. B. dass unabhängig vom Standort der Krippen Beiträge ausgerichtet werden müssen, führen zu Unsicherheiten. Wir befürchten deshalb, dass bei einem Kostendach von Fr. 300'000.– Einkommensschwächere nicht mehr in dem Ausmass unterstützt werden können, wie wir dies wünschen. Wir können uns aber damit abfinden, dass bei den höheren Einkommen die Beiträge gekürzt werden. Wir sprechen hier ja nur von den Familien, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Kindertagesstätte, Randstundenbetreuung und Mittagstisch werden auch von Familien genutzt, die die Vollkosten selber übernehmen und nie mit den Sozialen Diensten in Kontakt kommen.

Dass die Koordinationsstelle für ergänzende Kinderbetreuung (KEK) zu den Sozialen Diensten verlagert werden soll, ist für uns unverständlich und gehört nicht in diese Vorlage. Nur 40 % der Kontaktaufnahmen mit dem KEK beziehen sich auf Fragen der Kinderbetreuung. Häufiger beschäftigt sich die KEK mit Fragen bezüglich Freizeitbeschäftigung, Kultur, Sport oder Beratung in Familienfragen. Dieses Angebot wird heute sehr niederschwellig offeriert und zunehmend genutzt. Verlagert man die KEK zu den Sozialen Diensten, wird die Hemmschwelle für Ratsuchende grösser oder zu gross. Wer kommt schon auf die Idee, bei den Sozialen Diensten nachzufragen, welche Sportangebote es für einen fünfjährigen Sohn gibt oder welche Freizeitbeschäftigung Mittwochnachmittags für naturliebende Drittklässler angeboten werden? Auch Fragen zu Beratungen sind einfacher zu stellen, wenn man sowieso bereits im Familienzentrum ist. Der Kontakt der KEK zu den Sozialen Diensten ist jedoch sehr wichtig und muss bei Einzelfällen auch genutzt werden. Wir sind aber überzeugt, dass die Koordinationsstelle nur funktioniert, wenn sie weiterhin niederschwellig angeboten wird. Es ist richtig, dass man prüft, ob das Abrechnungswesen bei den Sozialen Diensten anzusiedeln ist. Daneben muss die KEK jedoch als beratendes und niederschwelliges Angebot bestehen bleiben. Die Unterstützung von einkommensschwachen Familien erachten wir als sehr wichtig und sind gegen ein "Giesskannenprinzip". Die Stadt Lenzburg führt die Familienfreundlichkeit in ihrem Leitbild auf. Stehen wir doch dazu, bevor - wie in anderen Gemeinden - Krippen geschlossen werden müssen. Wie wir zur Motion stehen, muss ich nicht erläutern.

Chantal Toker (GLP): Die GLP lehnt die Motion der SVP ab. Die Kürzung der Kinderbetreuungssubventionen auf Fr. 300'000.– im Jahr kann nicht erreicht werden, indem Eltern mit über Fr. 100'000.– Bruttoeinkommen keine Beiträge mehr erhalten. Die dadurch erzielbaren Einsparungen belaufen sich niemals auf Fr. 100'000.–. Die GLP ist grundsätzlich gegen eine Reduktion dieses Budgetpostens, zumindest nicht so pauschal. Für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen.

Gerne kommen wir der Aufforderung des Stadtrats nach und unterbreiten ihm Vorschläge für ein Finanzierungskonzept. Die GLP-Fraktion spricht sich für Betreuungsgutscheine aus, die direkt mit der Steuerrechnung an alle Bezugs-

berechtigten versandt werden. Allenfalls kann auch auf der Steuerrechnung vermerkt werden, dass man bezugsberechtigt ist und die Gutscheine beim Sozialamt beziehen kann. Wie im Kinderbetreuungsgesetz vorgegeben, sollen diese Gutscheine für alle Krippen gelten, auch ausserhalb der Stadt Lenzburg. Die Subventionen sollen von der Stadt direkt an die jeweiligen Organisationen bezahlt werden, da einkommensschwache Familien nicht in der Lage sind, die vollen Beträge vorab zu bezahlen. Subventionsberechtigt sollen aus unserer Sicht alle Familien mit einem Bruttoeinkommen sein, das dem durchschnittlichen Reineinkommen von Lenzburg entspricht, das etwa Fr. 85'000.– beträgt. Das Bruttoeinkommen soll auch bei Konkubinatspaaren zusammengerechnet werden. Ein minimaler Beitrag von 20 % soll von allen geleistet werden.

Es dürfte schwierig sein, ein Kostendach zu fixieren, da nicht zu 100 % absehbar ist, wie viele Kinder von diesem Bezugsrecht Gebrauch machen werden. Es braucht jedoch einen "Kostendeckel". Denkbar wäre, dass bei einer Überschreitung des Budgets für das Folgejahr die Tarife angepasst werden. (Die Details müssen hier noch kalkuliert werden.) Wird dieser "Kostendeckel" jedoch zu tief angesetzt, fallen die Kosten je nach Tarif in Form von Sozialhilfe an und müssen einfach aus einem anderen "Kässeli" berappt werden. Die KEK ins Sozialamt zu integrieren macht Sinn, und aus unserer Sicht ist keine Personalaufstockung notwendig, wenn das System mit den Betreuungsgutscheinen gewählt wird, das sich schon in vielen anderen Gemeinden bewährt hat. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass die Staatsquote in Lenzburg bereits genug hoch ist.

Daniel Frey (EVP): Einen Moment glaubte ich, dass wir hier nicht über die familienergänzende Kinderbetreuung, sondern über das Steuergesetz diskutieren. Ich kann die Überlegungen der Motionäre nachvollziehen. Wir werden in Zukunft nicht mehr Geld zur Verfügung haben und mit den vorhandenen Mitteln mehr leisten müssen. Meine Vorredner haben bereits alles gesagt und sich auch intensiv mit den Zahlen auseinandergesetzt. Rufen wir uns jedoch in Erinnerung: Die Familienstrukturen haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Ich gehöre noch zum "alten Semester", welches nach altem System (Frau zu Hause, Mann geht arbeiten) funktioniert hat. Deswegen bin ich jedoch nicht unglücklich. Wir sind allesamt wohlauf, konnten uns etwas leisten (manchmal weniger, manchmal mehr) und Ende Monat ging es im Grossen und Ganzen immer auf. Die Zeiten haben sich geändert, die Frauen haben in den letzten Jahrzehnten für die Gleichstellung gekämpft und bringen sich auch im Erwerbsleben ein. Dies führt jedoch auch dazu, dass familienexterne Kinderbetreuung angeboten werden muss. In unserer Gesellschaft gab es auch die "Schlüsselkinder", die den Hausschlüssel um den Hals gehängt sowie Fr. 20.– erhielten und dann den ganzen Tag auf sich selber angewiesen waren. Am Abend kamen die Eltern und Kinder nach Hause und am einfachsten war es, wenn die Kinder gleich ins Bett gingen. Dies wollen wir heute in unserer Stadt nicht mehr. Ich zweifle daran, dass wir hier Einsparungen erzielen können. Wenn keine gute Betreuung angeboten wird, entstehen mehr soziale Probleme, die uns Steuerzahler auch wieder belasten.

Hingegen stört es mich auch, dass Frauen, die sich der Erziehung ihrer Kinder widmen und als Hausfrauen tätig sind ("System Ballenberg"), oft nicht die gleiche Wertschätzung erhalten, wie erwerbstätige Mütter. Auch das herkömmliche Familienmodell funktioniert, auch diese Familien können glücklich sein. Für sie müsste auf höherer politischer Ebene auch etwas getan werden.

Lukas Häusler (Grüne): Gerne möchte ich von Seiten der Grünen-Fraktion auch noch ein paar Worte an sie richten. Als Familienvater bin ich in der Pflicht. Unsere Tochter wird ein Tag pro Woche in der Kinderkrippe Purzelhuus betreut. Unser Sohn besuchte diese Krippe bis vor einem Monat ebenfalls. Das Purzelhuus ist toll und auch wichtig. Ich habe von verschiedenen Parteien sehr viel Sinnvolles gehört, wie die Finanzierung gelöst werden soll. Ich möchte mich nicht in Details vertiefen. Für uns ist es sehr wichtig, dass ein solches Angebot besteht, und ich möchte mich auch bei den Krippenleiterinnen und ihrem Personal bedanken, denn sie leisten wirklich eine phantastische Arbeit. Unsere Tochter geht sehr gerne in die Krippe, nicht etwa, weil es bei uns zu Hause nicht schön wäre (Heiterkeit). Zudem kann man noch einiges lernen, mit einem Kind, das in die Krippe geht. Danke.

Dennys Mayer (BDP): Die Fraktion der SVP/BDP dankt dem Stadtrat für die Initiierung der Diskussion und seine Bereitschaft, Inputs aus dem Einwohnerrat in die künftige Gestaltung einfließen zu lassen. Auch zu verdanken sind die zahlreichen Voten aus dem Einwohnerrat. Dies ist auch ein Grund, warum wir uns mit dem Anliegen an den Einwohnerrat richteten. So macht der Einwohnerrat Spass, wenn man gemeinsam an einer Lösung mit unterschiedlichen Färbungen von Inputs arbeiten kann. Wir kamen zur Erkenntnis, dass ein festgelegter Betrag in Franken und Rappen - wie von den Vorrednern teilweise bereits erwähnt - in den entsprechenden Budgetpositionen als Kostendach Sinn macht. Mit diesem Berechnungsmodell wird den zukünftigen und aktuellen Faktoren - wie z.B. die demografische Entwicklung unserer Stadt oder den breitgefächerten modernen Familienmodellen in der Bevölkerung - Rechnung getragen. Ein Kostendach ist notwendig, die Ausgaben können nicht wie in den letzten Jahren weiter steigen. Da sind wir uns im Rat auch grösstenteils einig.

Ich zitiere an dieser Stelle gerne noch die Aussage des städtischen Finanzchefs, Marc Lindenmann, anlässlich der Präsentation des Rechnungsabschlusses 2016 in dieser Woche. Er hat erwähnt, dass die Stadt, dank einem rigorosen Kostenbewusstsein zu einem soliden Ergebnis 2016 kam. Wir möchten die Beibehaltung eines rigorosen Kostenbewusstseins untermauern und unsere Verantwortung als Einwohnerrat auch beim Entscheid bezüglich der für die Tagesstrukturen zur Verfügung zu stellenden Mittel wahrnehmen.

Aus diesem Grund unterbreiten wir dem Stadtrat ein Modell, wie wir es Ihnen bereits in Papierform ausgeteilt haben. Grundsätzlich orientiert sich das Modell am Zustand, der zur Geburtsstunde unserer Motion herrschte. Unsere Stadt zählte 9'200 Einwohner, davon ungefähr 500 Kinder im Vorschulalter. Zudem

wendeten wir 2015 für Beiträge an die Kinderkrippen Fr. 380'000.– auf. Von diesen Grundlagen ausgehend, entwickelten wir eine Formel (die auf unserem Schreiben detaillierter erklärt wird), die die Entwicklung der Anzahl Einwohner und der Anzahl Kinder, beziehungsweise der Zahl der potentiell subventionsberechtigten Kinder, berücksichtigt. Sollte beispielsweise die Einwohnerzahl auf 12'000 Einwohner zunehmen und die Anzahl Kinder im Vorschulalter jedoch nur um 50 moderat auf 550 Kinder ansteigen, würde sich der Subventionsbeitrag gemäss unserem Modell auf Fr. 469'800.– erhöhen. Würde hingegen die Zahl der Kinder bei 12'000 Einwohnern auf 1'000 steigen, würde sich der Beitrag auf Fr. 583'800.– erhöhen. Grundsätzlich ist es doch so, dass da, wo keine Steuerzahler leben, auch keine Subventionsbeiträge ausgerichtet werden können. Sind viele Steuerzahler da und wenig Subventionsempfänger, können wir uns den Luxus einer höheren Subvention pro Kind leisten. Dies ist in etwa der Grundsatz des Arbeitspapiers, das wir ausgearbeitet haben. Der Vorteil eines solchen Modells ist, dass dem Wachstum, einer Stagnation oder einer allfälligen Abnahme der Bevölkerung Rechnung getragen wird. In unserem Szenario 3 haben wir die Folgen einer Bevölkerungsabnahme aufgezeigt. Wir sparen uns mit einem solchen System den "Kuhhandel" um einen Budgetposten, bei dem - wie uns die Geschichte lehrte - die jeweilige Zusammensetzung des Rats groteske Früchte tragen kann. Das Modell ist dynamisch, solidarisch, realitätsnah und einfach. Es ermöglicht, einen Budgetbetrag einfach zu errechnen, der den Schwankungen im Bedarf von Subvention Rechnung trägt. So, dass der Budgetposten auch für die Abteilung Finanzen planbar bleibt. Weiter vermittelt die Stadt Lenzburg damit potentiell zuziehenden Eltern klare Verhältnisse und noch immer ein attraktives Angebot an teilsubventionierten Betreuungsplätzen. Dem Steuerzahler demonstriert die Stadt ein Kostenbewusstsein und eine moderne dynamische Kostenkontrolle. Das heisst nicht, dass diese Art von Kostenkontrolle auf dem Budgetposten belassen bleiben muss. Es kann durchaus auch auf dem Bereich von Tagesstrukturen angewendet werden. Kinderkrippen haben mit dem Modell den Anreiz, wirtschaftlich zu operieren und das Angebot unabhängig der Subvention attraktiv zu gestalten. Mit dem vorgestellten Modell sind wir überzeugt, für eine breite Bevölkerungsschicht eine verträgliche Lösung zu präsentieren. Ich erlaube mir zu sagen, es ist sogar ein Kompromiss. Wir hoffen in diesem Prozess, wenn er im Zusammenhang mit dem neuen Reglement in den entsprechenden Abteilungen bei der Stadt angestossen wird, involviert zu werden und dass wir unser Modell oder zumindest einen Teil davon im Entwurf wiedererkennen werden.

Die SVP/BDP-Fraktion zieht die eingereichte Motion zurück und dankt dem Stadtrat für den damit ausgelösten Dialog und die Bereitschaft, den Einwohnerrat aktiv in den Prozess zu involvieren. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Dennys Mayer. Wird weiterhin das Wort gewünscht? Dies scheint nicht mehr der Fall zu sein. Da die SVP/BDP-Fraktion ihre Motion zurückgezogen hat, gibt es keine Abstimmung.

7 Widmi; Erschliessung der Baufelder; Kanalisation und Sauberwasserleitung; Kreditabrechnung

Sprecher der GPFK ist François Kuhlen (FDP): Ein überparteiliches - allerdings bürgerliches - Team, bestehend aus Brigitte Vogel und mir, hat die Kreditabrechnung geprüft. Diese wurde sehr sauber erstellt. Wir hatten einzig Fragen zu Arbeiten, die ein Garten- und Tiefbauunternehmen aus Obfelden erledigt hat. Diese wurden umgehend per E-Mail und auch an der GPFK-Sitzung durch Christian Brenner beantwortet. Aus logistischen Gründen hat Walo Bertschinger eine Aufgabe nicht selber erledigt, sondern durch eine Firma aus Obfelden (zum offerierten Preis) ausführen lassen. Ein Kompliment an dieser Stelle an den Leiter Finanzen, Marc Lindenmann, der die Rechnungsprüfung sehr sorgfältig vorbereitet hat.

Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, die Kreditabrechnung für den Bau der Kanalisation und der Sauberwasserleitung Widmi mit Bruttoaufwendungen von Fr. 539'548.80 zu genehmigen. Selbstverständlich wird auch die FDP-Fraktion der Rechnung zustimmen. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, François Kuhlen. Die Diskussion ist eröffnet, wem darf ich das Wort erteilen? Das Wort scheint nicht gewünscht zu werden, somit kommen wir gleich zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 18. Januar 2017 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für den Bau der Kanalisation und der Sauberwasserleitung Widmi, schliessend mit Brutto-Aufwendungen von Fr. 539'548.80.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 24. April 2017 ab.

8 Sanierung Bachstrasse, Abschnitt Süd (Aavorstadt bis Obere Mühle); Kreditabrechnung

Sprecherin der GPFK ist Brigitte Vogel (SVP): Wie François Kuhlen bereits erwähnt hat, habe ich mit ihm zusammen die beiden heute vorliegenden Kreditabrechnungen geprüft. (Auch wir bemühen uns, die Kosten der Stadt im Griff zu halten und nicht zusätzliche Spesen zu verursachen.) Wir kamen einmal mehr zum Ergebnis, dass die Abrechnung vollständig und sehr sauber geführt wurde.

Erinnern Sie sich noch an die Sitzung vom 4. Dezember 2015? Wir haben mehr über Bäume diskutiert und ziemlich wenig über die Strasse. Diese Bäume wurden nie realisiert. Bis auf einen kleinen Schaden an einer Fassade, der bei nächster Gelegenheit repariert wird, erstrahlt der Strassenabschnitt in einem neuen Glanz. Der ursprüngliche Kredit von Fr. 275'000.– wird um Fr. 34'538.90 unterschritten. Dies entspricht 12,56 %. Die Unterschreitung ist wieder einmal damit begründet, dass man die Strassenbauarbeiten günstiger vergeben konnte. Diese Begründung hören wir immer wieder. In diesem Zusammenhang danken wir den betroffenen Bauunternehmen einmal ganz herzlich für die günstigen Arbeiten. Falls die Planungskosten auch einmal unterschritten würden, wären wir auch gerne bereit, den Planern unseren Dank auszusprechen.

Dementsprechend schliesst die Kreditabrechnung mit einem Aufwand von Fr. 240'461.10 ab. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, die

Kreditabrechnung zu genehmigen. Dem schliesst sich die SVP/BDP-Fraktion an.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Brigitte Vogel. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen?

Anja Vögeli Knapp (SP): Wer achtsam ist, weiss, dass die Bevölkerung sich eine Aufwertung der Aabachregion wünscht. Dieser Wunsch kann man nicht einfach so erfüllen, aber man kann ihm Schritt für Schritt entgegenkommen. Dies fängt bei einer Grünbepflanzung, einer Pflanzung eines Baums an. Ich komme auch auf die Sitzung vom Dezember 2015 zurück: Damals haben die SP, die Grünen und Michael Häusermann sich für den projektierten Baum stark gemacht. Für uns von der SP war diese Vorlage attraktiv, weil diese Verbindung zwischen Altersheim und Aabach geplant war. Für das Auge wäre es etwas sehr Schönes und Spannendes gewesen und hätte zudem den Verkehr gebremst. Wir wissen, wenn man freie Sicht hat - so wie es jetzt ist - dann wird schnell gefahren. Für mich ist die Strasse so ok. Dennoch erinnert sie mich ein wenig an eine schöne Frau ohne Ausstrahlung. Die Kreditabrechnung wird von der SP selbstverständlich genehmigt. Die SP-Fraktion wird sich aber weiterhin für eine Aufwertung der gesamten Aabachregion einsetzen.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Anja Vögeli Knapp. Wird weiterhin das Wort gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 14. Dezember 2016 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Sanierung der Bachstrasse (Abschnitt Süd), schliessend mit Aufwendungen von Fr. 240'461.10.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 24. April 2017 ab.

9 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SVP/BDP "Projektierung Werkhof, Recyclingplatz" vom 22. November 2016

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich übergebe das Wort an Stadtrat Martin Steinmann.

Martin Steinmann (Stadtrat): Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

I. Ausgangslage

An der Einwohnerratssitzung vom 22. November 2016 reichten Michael Häusermann und Mitunterzeichnende im Namen der SVP/BDP Einwohnerratsfraktion folgende Fragen zur Projektierung Recyclingplatz ein:

- *In welchem Umfang sammelt die Stadt Lenzburg zurzeit Recyclingstoffe? Geschieht diese Sammlung alleine oder beteiligen sich andere Gemeinden finanziell daran? Wie sieht grobgeschätzt der Aufwand (Mannstunden) und Ertrag (Verkaufserlös) der derzeitigen Sammelstelle aus?*
- *Was gibt den Anlass zu Änderungen, resp. zur Planung eines neuen Recycling-Platzes?*
- *Wie ist die Vorgehensweise bei der Planung? Werden dem Einwohnerrat Varianten vorgelegt?*
- *Gibt es gesetzliche Grundlagen, und wenn ja, welche, die Lenzburg verpflichten, Recyclingsammelstellen auf dem eigenen Gemeindegebiet anzubieten?*
- *Unternimmt der Stadtrat Anstrengungen, welche auf eine Zusammenarbeit im Bereich einer Wertstoffsammelstelle mit privaten Anbietern hinauslaufen? Ist es für den Stadtrat sogar denkbar, keine eigene Sammelstelle mehr für Wertstoffe zu betreiben, sondern eine andere in der Region zu unterstützen?*

II. Beantwortung der Fragen

Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

Frage 1: In welchem Umfang sammelt die Stadt Lenzburg zurzeit Recyclingstoffe? Geschieht diese Sammlung alleine oder beteiligen sich andere Gemeinden finanziell daran? Wie sieht grobgeschätzt der Aufwand (Mannstunden) und Ertrag (Verkaufserlös) der derzeitigen Sammelstelle aus?

Die Entsorgungswege für Abfälle und Recyclingstoffe in der Stadt Lenzburg sind in der "Abfallinfo" und im jährlich erscheinenden Sammelkalender beschrieben. Zurzeit können folgende Recyclingstoffe im Werkhof abgegeben werden:

- Aluminium und Konservendosen
- Elektroschrott
- Flaschenglas
- PET
- Grüngut
- Grubengut
- Kadaver
- Nespressokapseln
- Metall
- Öl
- Papier und Karton
- Sperrgut
- Textilien

Die Nachbargemeinden haben eigene Sammeleinrichtungen und sind nicht an den Sammeleinrichtungen der Stadt Lenzburg beteiligt.

Die gesamte Abfallentsorgung ist ein "Eigenwirtschaftsbetrieb" der Stadt Lenzburg und wird durch verursachergerechte Gebühren finanziert. Die Abfallentsorgung ist selbsttragend. Betreffend Abfallmenge wird auf den Rechenschaftsbericht verwiesen (bspw. S. 57 ff. im Rechenschaftsbericht 2015).

Frage 2: Was gibt den Anlass zu Änderungen, resp. zur Planung eines neuen Recycling-Platzes?

Einerseits werden von den Bürgern immer mehr Separatsammlungen von Stoffen nachgefragt (vgl. Postulat EVP Lenzburg, EPS-Sammelstelle). Zudem werden längere Öffnungszeiten für die Sammelstelle beim Werkhof gewünscht.

Der Betrieb der Sammelstelle im Werkhof ist problematisch. Die verschiedenen Separatsammlungen sind an verschiedenen Orten im Areal verteilt. Es fehlt an Zwischenlagerplatz für das gesammelte Recyclinggut. Der Betrieb der Sammelstelle verursacht immer wieder Konflikte mit dem Werkhofbetrieb (Öffnungszeiten, Platzbedarf). Für weitere Separatsammlungen fehlt der Platz.

Aus diesem Grund wurde vor einiger Zeit ein Vorprojekt für eine Recycling- und Lagerhalle östlich des Werkhofs auf dem bestehenden Lagerplatz erarbeitet. Mit diesem Projekt könnte der Betrieb des Werkhofs vom Betrieb der Sammelstelle entflochten werden, und es gäbe Möglichkeiten für gewünschte Erweiterungen.

Die Kosten für einen solchen Recyclingplatz sind seit bald 10 Jahren in der Aufgaben- und Finanzplanung (Investitionsplan) eingestellt und werden mit 1,2 Mio. Franken beziffert.

Frage 3: Wie ist die Vorgehensweise bei der Planung? Werden dem Einwohnerrat Varianten vorgelegt?

Falls der Stadtrat das Projekt eines eigenen Recyclingplatzes weiterverfolgt, würde dem Einwohnerrat ein Kreditbegehren unterbreitet.

Frage 4: Gibt es gesetzliche Grundlagen, und wenn ja, welche, die Lenzburg verpflichten, Recyclingsammelstellen auf dem eigenen Gemeindegebiet anzubieten?

Nein.

Frage 5: Unternimmt der Stadtrat Anstrengungen, welche auf eine Zusammenarbeit im Bereich einer Wertstoffsammelstelle mit privaten Anbietern hinauslaufen? Ist es für den Stadtrat sogar denkbar, keine eigene Sammelstelle mehr für Wertstoffe zu betreiben, sondern eine andere in der Region zu unterstützen?

Ja, es finden zurzeit Abklärungen mit einem privaten Anbieter statt.

Ja, es ist für den Stadtrat auch denkbar, keine zentrale Sammelstelle zu betreiben und mit einer privaten Sammelstelle in der Region zusammenzuarbeiten. Die dezentralen Sammelstellen für Glas, Alu und Blech sowie Textilien im Stadtgebiet sollen jedoch beibehalten werden.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Martin Steinmann. Möchte jemand von den Fragestellern dazu Stellung nehmen?

Michael Häusermann (SVP): Ich danke dem Stadtrat für die rasche Beantwortung dieser Anfrage. Die Weihnachtspause hat sich dazu auch bestens geeignet. Der wichtigste Grund, warum wir diese Anfrage eingereicht haben, ist derjenige, dass wir nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden wollten.

Wäre uns eine fixfertige Vorlage präsentiert worden, hätten wir wohl bei Änderungswünschen Hinweise auf die damit verbundenen hohen Kosten erhalten.

Es lohnt sich - aus meiner Sicht - Gedanken über den Abfall, resp. die durch uns verursachten Wertstoffe zu verlieren. Wenn man die Augen in der Region resp. in der Schweiz offenhält, sieht man, dass die Entsorgung immer mehr zu einem Erlebnis verkommt, und durch Private auch entsprechende Anlagen erstellt werden. Es lohnt sich aus unserer Sicht durchaus, sich zu fragen, ob man als Gemeinde mit Steuergeldern über eine Million Franken ausgeben muss, wenn Private diese Aufgabe tendenziell besser oder aus meiner Sicht sicher wirtschaftlicher erfüllen. Wenn möglich kommt in naher Zukunft bei dieser Thematik noch etwas auf uns zu. Ich wollte damit einfach etwas vorwärts-schauen.

Ich danke dem Stadtrat in diesem Sinne für die Beantwortung. Beinahe alles, was ich wissen wollte, wurde ausgeführt, jedoch nicht ganz alles. Die Anfrage bezieht sich auf die Sammelstelle beim Werkhof des Stadtbauamts. Es befriedigt mich nicht, wenn ich dann auf den Rechenschaftsbericht verwiesen werde. Dort kann ich nämlich nicht nachlesen, wie viele der darin erwähnten Wertstoffe in der Sammelstelle des Werkhofs abgegeben wurden.

Zu Frage 2 habe ich nichts anzumerken, die Antwort ist somit in Ordnung.

Frage 3: Hier habe ich mich nach der Vorgehensweise bei der Planung erkundigt. Werden dem Einwohnerrat Varianten vorgelegt, falls der Stadtrat das Projekt eines eigenen Recyclingplatzes ausarbeiten lässt? Dazu erhalten wir leider keine Antworten.

Die Antwort zu Frage 4 ist i. O., gesetzlich gibt es nichts.

Die Stellungnahme zu Frage 5 ist in diesem Sinne auch ok. Ich bin auch der Meinung, dass die dezentralen Sammelstellen, die bereits vorhanden sind (vor allem für Glas, Öl, Aluminium), beibehalten werden sollen. Meine Anfrage bezieht sich wirklich nur auf die Sammelstelle im Werkhof. In diesem Sinne nicht so beantwortet, wie ich es gerne gehabt hätte, aber ich habe nichts mehr beizufügen. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Michael Häusermann. Ich gehe davon aus, dass dieser Tagesordnungspunkt somit erledigt ist und ich komme zum Traktandum 10.

10 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der GLP-Fraktion betreffend "Fragen zu flankierenden Massnahmen Knoten Neuhof" vom 29. September 2016

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Ich übergebe das Wort an Stadtrat Martin Steinmann.

Martin Steinmann (Stadtrat): Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

I. Ausgangslage

An der Einwohnerratssitzung vom 29. September 2016 reichte Beat Hiller im Namen der Grünliberalen Partei folgende Anfragen zu den flankierenden Massnahmen beim Knoten Neuhof ein:

1. *Wie ist der Stand des Projekts Optimierung Freiämterplatz?*
2. *Wie ist der Stand des Projekts Verkehrsmanagement Lenzburg?*
3. *Wird im Rahmen der Optimierung des Knoten Freiämterplatz auch eine Optimierung Knoten Bahnhofstrasse/Kerntangente vorgesehen?*
4. *Wie gedenkt der Stadtrat den Schleichverkehr durch die Othmarsingerstrasse zu verhindern, wenn diese für den Busverkehr angepasst worden ist (Demontage der Schwellen)?*
5. *Unternimmt der Stadtrat die notwendigen Massnahmen gegenüber Kanton und Bund, damit die Optimierung Anschluss Lenzburg nicht noch weiter verzögert wird?*
6. *Welche im AFP geplanten Projekte müssen aus Sicht Stadtrat im Zusammenhang mit dem Projekt Knoten Neuhof als Paket realisiert werden, und welchen Investitionsbedarf entsteht dabei für die Stadt Lenzburg?*

II. Beantwortung der Fragen

Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

Frage 1: Wie ist der Stand des Projekts Optimierung Freiämterplatz?

Für den Ausbau des Knotens Freiämterplatz und die damit verbundenen Anpassungen an der K 247 IO (Henschikerstrasse) und an der K 248 IO (Niederlenzerstrasse) bewilligte der Kantonsingenieur bereits am 27. Mai 2016 die Kosten für ein Vorprojekt.

Da die im Auflageprojekt "A1-Zubringer Lenzburg, Ausbau Knoten Neuhof" geplante Verlegung der Busführung auf die Othmarsingerstrasse einen wesentlichen Einfluss auf den Verkehrsablauf auf der K 247 (Hendschikerstrasse) hat, wurde mit dem Start des Vorprojekts zugewartet, bis das Projekt Knoten Neuhof rechtskräftig wurde.

Die Startsitung für das Vorprojekt Ausbau Knoten Freiämterplatz hat am 1. März 2017 stattgefunden. Die Interessen der Stadt Lenzburg werden durch Christian Brenner, Leiter Tiefbau des Stadtbauamts, wahrgenommen, der in die Projektorganisation eingebunden ist.

Frage 2: Wie ist der Stand des Projekts Verkehrsmanagement Lenzburg?

Bereits vor der Fertigstellung der "Netzstrategie Seetal" im Jahr 2014 wurden seitens Kanton Vorleistungen für die Umsetzung eines Verkehrsmanagements im Raum Lenzburg erbracht.

Gemäss Mobilitätsstrategie des Kantons Aargau vom Dezember 2016 soll mit gezielten Verkehrsmanagement-Massnahmen, verkehrstechnischen Optimierungen von Knoten und punktuellen Infrastrukturausbauten der Verkehrsfluss auf der Strasse sowie die Betriebsstabilität des strassengebundenen öffentlichen Verkehrs verbessert werden.

Die Vorbereitungen für die Erstellung des Verkehrsmanagements Lenzburg (Verkehrserhebungen, Verkehrsmonitoring) sind Ende März 2017 abgeschlossen. Die Arbeitsvergabe an die Verkehrsingenieurbüros ist erfolgt. Die Startsitung soll im Frühling 2017 stattfinden. Die Interessen der Stadt Lenzburg werden durch Christian Brenner, Leiter Tiefbau des Stadtbauamts Lenzburg, wahrgenommen.

Im Rahmen der Erarbeitung des Kommunalen Gesamtplans Verkehr (KGV) wurde die Verträglichkeit der Verkehrsmengen auf den Hauptachsen ermittelt. Diese Verkehrsmengen dienen als Diskussionsgrundlage für einen siedlungsverträglichen Verkehr.

Frage 3: Wird im Rahmen der Optimierung des Knotens Freiämterplatz auch eine Optimierung Knoten Bahnhofstrasse/Kerntangente vorgesehen?

Nein. Es stellt sich für den Stadtrat die Frage, für welche Verkehrsteilnehmer der Knoten optimiert werden soll.

Frage 4: Wie gedenkt der Stadtrat den Schleichverkehr durch die Othmarsingerstrasse zu verhindern, wenn diese für den Busverkehr angepasst worden ist (Demontage der Schwellen)?

In Absprache mit dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) des Kantons Aargau wurde für die Umgestaltung der Othmarsingerstrasse eine Realisierung in zwei Stufen festgelegt:

- Mittelfristige Massnahmen
- Langfristige Massnahmen

Unter den mittelfristigen Massnahmen werden die Umgestaltungselemente verstanden, welche für die Busführung durch die Othmarsingerstrasse zwingend erforderlich sind. Die längerfristigen Massnahmen beinhalten die komplette Umgestaltung der Othmarsingerstrasse.

Die mittelfristigen Massnahmen werden im Rahmen des Projekts A1-Zubringer Knoten Neuhof finanziert. Die langfristigen Massnahmen müssen durch die Stadt Lenzburg finanziert werden.

Anstelle der vertikalen Versätze (Schwellen) werden als mittelfristige Massnahmen horizontale Versätze (Einengungen) erstellt. Diese horizontalen Versätze sind auf die spätere Umgestaltung der Othmarsingerstrasse abgestimmt.

Im Rahmen der Einwendungsverhandlungen hat der Stadtrat Lenzburg den Einwendern zugesichert, die Umgestaltung der Othmarsingerstrasse in den Aufgaben- und Finanzplan aufzunehmen und das Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK) in Form eines Bauprojekts öffentlich aufzulegen.

Frage 5: Unternimmt der Stadtrat die notwendigen Massnahmen gegenüber Kanton und Bund, damit die Optimierung Anschluss Lenzburg nicht noch weiter verzögert wird?

Die Optimierung des Autobahnanschlusses Lenzburg Richtung Zürich ist ein Projekt des Bundesamts für Strassen (ASTRA). Das Projekt lag vom 31. August 2015 bis zum 29. September 2015 öffentlich auf.

Die neue Auffahrtsrampe kann aber nach Aussage des ASTRA erst realisiert werden, wenn die Kapazität der Autobahn erhöht wird (6-Spurausbau oder Pannestreifenumnutzung).

Der Kanton ist in regelmässigem Kontakt mit dem ASTRA. Die Finanzierung dieses Projekts ist Sache des Bundes.

Frage 6: Welche im AFP geplanten Projekte müssen aus Sicht Stadtrat im Zusammenhang mit dem Projekt Knoten Neuhof als Paket realisiert werden und welchen Investitionsbedarf entsteht dabei für die Stadt Lenzburg?

Keine der im Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Lenzburg aufgeführten Projekte müssen zwingend mit dem Projekt Knoten Neuhof realisiert werden.

Die finanziellen Mittel für die Umgestaltung der Othmarsingerstrasse (siehe auch Antwort zu Frage 4; langfristige Massnahmen) sind im Aufgaben- und Finanzplan in den Jahren 2020 und 2021 eingestellt. Über dieses Projekt muss der Einwohnerrat jedoch noch befinden.

Auch die geschätzten finanziellen Mittel für das Projekt Freiamterplatz (siehe Frage 1) sind bereits im Aufgaben- und Finanzplan in den Jahren 2020 und 2021 eingestellt.

Im Rahmen des Budgets wird durch die Abteilung Tiefbau des Stadtbauamts die Planung eines Parkleitsystems vorangetrieben, damit die dafür notwendigen Zuleitungen und Signale beim Knoten Neuhof berücksichtigt werden können.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Möchte jemand von der GLP-Fraktion Stellung nehmen? Ich übergebe das Wort an Beat Hiller.

Beat Hiller (GLP): Ich möchte mich für die ausführlichen Antworten bedanken. Als ich mich nach dem Stand der Abklärungen erkundigte, wurde ich jeweils darauf hingewiesen, dass auf Antworten des Kantons und des ASTRA's gewartet werden müsse, auch weil Einspracheverfahren liefen. Ich möchte nicht speziell auf die einzelnen Fragen eingehen, weil sie grundsätzlich sehr ausführlich beantwortet wurden. Einzig möchte ich auf Wichtiges hinweisen, damit wir auch als Einwohnerrat entsprechend handeln können.

Stadtrat Martin Steinmann hat erwähnt, dass gewisse Massnahmen im Aufgaben- und Finanzplan aufgeführt sind (die natürlich vom Volumen her siebenstellige Beträge betreffen), die wir zu gegebener Zeit an die Hand nehmen und umsetzen müssen. Es nützt nichts, wenn nur der Knoten Neuhof umgebaut wird. Dieses Projekt dient primär den Freiamtern und nicht uns Lenzburgern. Wir müssen uns im Klaren sein, dass auch nach dem Umbau des Knotens Neuhof sich die Stausituation in der Stadt Lenzburg (auch von und in Richtung Autobahn) auf keiner Weise verändern wird, da wir an der Kapazität des innerstädtischen Netzes nichts ändern, ausser - wie schon gesagt -, man nimmt Geld in die Hand. Es wurde auch auf das Verkehrsmanagement hingewiesen. Dadurch wird der Stau aus der Stadt verschoben. Dies ist für uns natürlich angenehm, dürfte aber im Seetal keine Freude auslösen.

In diesem Sinne möchte ich mich nochmals für die Antworten bedanken.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Beat Hiller. Ich stelle fest, dass auch dieser Tagesordnungspunkt auf angemessene und zufriedenstellende Weise erledigt worden ist.

11 Umfrage

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Nun bleibt uns nur noch Punkt 11 der Tagesordnung, nämlich die Umfrage. Wird das Wort gewünscht?

Prof. Martin Killias (SP): Ich möchte kurz auf einen Artikel der Aargauer Zeitung eingehen. Dort war zu lesen, dass die "Villa Fischer" einem grösseren Neubau weichen muss. Es handelt sich hier um eine der beiden Villen auf der Nordseite der Bahnhofstrasse. Das Haus soll durch ein rund 50 Meter langes Gebäude ersetzt werden. Da dieser Neubau bis zur Strasse ragt, verschwindet auch Grünraum. Damit wird die Bahnhofstrasse noch mehr zu einem Schlauch aus langweiligen, grossen, massigen und auch etwas fantasielosen Bauten. Ich erachte dies als ausserordentlich schade, auch mit Blick auf die ziegelsteinrote Fabrik (Hitachi-Gebäude) und die auf der Südseite verbleibenden Villen an der Angelrainstrasse. Das Ganze wird irgendwann nicht mehr sehr glaubwürdig. Auf der einen Seite alles moderne und geschlossene Blöcke und auf der anderen Seite noch ein paar Reste, die dann irgendwann auch verschwinden werden. Ich weiss, der Stadtrat konnte wahrscheinlich nichts Anderes machen, als die Baubewilligung erteilen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir in Lenzburg den kommunalen Denkmalschutz nie umgesetzt haben und die "Villa Fischer" auch nicht unter kantonalem Denkmalschutz steht. Ich bin schon viele Jahre Mitglied der kantonalen Kommission für Archäologie und Denkmalpflege. Auch in anderen Aargauer Gemeinden kennen wir vergleichbare Problematiken mit Villen aus ungefähr der gleichen Zeit. Das Problem wäre nicht so dramatisch, wenn man einen kommunalen Denkmalschutz hätte, der ernst zu nehmen ist.

Nun gut, ich resigniere, ich weiss, da kann man einfach nichts tun. Aber ich möchte mindestens gesagt haben, dass ich dies abgrundtief traurig finde und bedaure, auch im Hinblick auf die künftige Bau- und Nutzungsordnung, welche in Vorbereitung ist. Wenn es so weiterläuft, haben wir nicht mehr sehr viel mitzugestalten. Danke für die Aufmerksamkeit.

Einwohnerratspräsidentin Marianne Tribaldos: Danke, Martin Killias. Wird weiterhin das Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Ich danke allen, die durch ihre Teilnahme und Voten der Einwohnerratssitzung Leben und Sinn gegeben haben. Wir wissen, dass die Gewaltenteilung, die für die Demokratie eine Voraussetzung ist, nicht überall so begriffen wird. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir das hier in Lenzburg lebendig halten. Natürlich bin ich auch froh, dass Sie dem Kriegsgott Mars nicht gedient, ihn enttäuscht und mir nichts getan haben. Ich entlasse Sie nun in den Frühling, wünsche Ihnen schöne Ostertage. Endlich wieder ein Anlass für leckeres Essen in guter Gesellschaft, obwohl ich nicht glaube, dass alle Ratsmitglieder in den letzten Wochen darauf verzichtet haben. Einen schönen Abend noch.

Die Sitzung ist geschlossen. (Applaus)

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

Zustellung an die übrigen Empfänger:

2016-556